

Henryk M. Broder (Berlin)  
**Wider die Appeasementpolitik<sup>1</sup>**

---

*„An Appeaser is one who feeds a crocodile, hoping it will eat him last“  
Winston Churchill*

Vor zehn Jahren, im Frühjahr 1996, war die Welt noch weitgehend in Ordnung. Die Türme des World Trade Center dominierten die Skyline von Manhattan, der amerikanische Präsident hatte ein Problem mit einer Praktikantin, in Deutschland neigte sich die Ära Kohl ihrem Ende zu, die Intellektuellen vertrieben sich die Zeit mit Debatten, ob Francis Fukuyama mit seiner Behauptung vom „Ende der Geschichte“ richtig lag und ob der Kapitalismus wirklich gesiegt oder der Sozialismus nur einen Probelauf verloren hatte. So genannte „Ehrenmorde“ kamen nur im tiefsten Anatolien vor, die feinsinnige Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus war noch nicht erfunden und in Berlin sprach sich das Bezirksamt von Spandau für den Abriss von zwei Oberstufenzentren aus – nicht weil die Lehrer vor gewalttätigen Schülern kapituliert hatten, sondern weil die Gebäude asbestverseucht waren.

Man musste schon sehr genau hinschauen, um die ersten Anzeichen einer heraufkommenden Krise zu bemerken: In Berlin spielte die Theatergruppe „Rote Grütze“ ein Aufklärungsstück mit dem Titel „Was heißt hier Liebe?“ Es richtete sich naturgemäß an Jugendliche im kritischen Alter. Um sie auf das Stück aufmerksam zu machen, wurden an Schulen Plakate verteilt, auf denen ein Junge und ein Mädchen zu sehen waren. Sie standen da, als wären sie einem bayerischen Biologie-

buch entsprungen, nackt und voller Unschuld.

Die Schulen hatten kein Problem damit, die Plakate aufzuhängen, bis eine Schülerrätin aus dem Bezirk Tiergarten eine Genehmigung des Berliner Landesschulamtes verlangte. Diese wurde verweigert. Das Plakat, entschied die Behörde, wäre dazu angetan, „die Gefühle islamischer Schüler“ zu verletzen.

Das Landesschulamt handelte präventiv, aus überzogener Fürsorge gegenüber einer kulturellen Minderheit, die noch nicht in der permissiven Gesellschaft angekommen war. Weder hatten sich islamische Schüler über eine Verletzung ihrer Gefühle beklagt noch deren Eltern über die unsittliche Anmache beschwert.

Heute, zehn Jahre später, hat das Landesschulamt ganz andere Sorgen:

Schulen mit einem 80%igen Anteil an „Schülern mit Migrationshintergrund“, wo SchülerInnen mit deutschem bzw. christlichem Hintergrund in der Minderheit sind und deswegen als „Schlampen“, „Nutten“ und „Schweinefleischfresser“ angepöbelt werden; Schüler aus durchaus intakten Familien mit „Migrationshintergrund“, die noch nicht strafmündig aber schon wegen gefährlicher Körperverletzung und Hehlerei aufgefallen und ohne zu zögern in der Lage sind, eine Diskussion mit einer Lehrerin mittels eines gezielten Faustschlags für sich zu entscheiden; Eltern, die ihre Töchter weder am

Schwimm- noch am Verkehrsunterricht teilnehmen lassen, weil sie um deren Unschuld fürchten.

Das Thema heißt „Gewalt an den Schulen“, und das nur drei Jahre nachdem Zehntausende von Berliner Schülern den Unterricht schwänzten, um an Demonstrationen gegen den Einmarsch der Alliierten im Irak teilzunehmen. Hieß es damals „No blood for oil“ und „Gewalt ist keine Lösung!“, so müssen die Lehrer heute froh sein, wenn die Schüler nur mit Schlagringen statt mit Messern zum Unterricht kommen.

Das Landesschulamt und der Schulse-nator könnten sich glücklich preisen, wenn sie heute nur über ein Plakat zu einem Aufklärungsstück entscheiden müssten. Denn die Situation hat sich vollkommen geändert. Das Einzige, das gleich geblieben ist, ist die Entschlossenheit, die Gefühle der Moslems nicht zu verletzen. Nur dass es inzwischen nicht um Berliner Schüler mit „Migrationshintergrund“ geht, sondern um 1.5 Milliarden Moslems in aller Welt, die chronisch zum Beleidigtsein und unvorhersehbaren Reaktionen neigen. Es geht um Meinungsfreiheit, den Kern der Aufklärung und der Demokratie, und um die Frage, ob Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz die richtigen Mittel im Umgang mit Kulturen sind, die sich ihrerseits respektlos, rücksichtslos und intolerant gegenüber allem verhalten, das sie für dekadent, provokativ und minderwertig halten, von Frauen in kurzen Röcken über Häresie und Religionsfreiheit bis hin zu Karikaturen, von denen sie sich provoziert fühlen, ohne sie gesehen zu haben.

Mitte September 2005 schreibt die Redaktion der dänischen Tageszeitung Jyllands-Posten die Mitglieder des dänischen Ver-

bandes der Zeitungskarikaturisten an und lädt sie ein, an einem Wettbewerb teilzunehmen. Jeder soll den Propheten Mohammed so zeichnen, wie er ihn sieht. Vorausgegangen war eine Diskussion über die Grenzen der Meinungsfreiheit, Selbstzensur und Berührungsangst vor dem Islam in Dänemark, wo etwa 200.000 Moslems inmitten von 5.5 Millionen christlichen Dänen leben. So hatten die Übersetzer eines Buches der holländischen Islamdissidentin Ayaan Hirsi Ali darauf bestanden, anonym zu bleiben, während ein dänischer Imam, der der Muslimischen Bruderschaft nahe steht, vom dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen verlangte, dafür zu sorgen, dass die Presse religiöse Themen nicht abfällig behandle. Was dann passierte, haben die Jyllands-Posten-Redakteure John Hansen und Kim Hundevadt in einem detaillierten Protokoll festgehalten. Ich gebe deren Darstellung zusammengefasst wieder.

Am 30. September erscheinen 12 Karikaturen im Kulturteil von Jyllands-Posten, begleitet von einem Artikel des Kulturchefs Flemming Rose. Er schreibt u.a.: „Einige Muslime lehnen die moderne, säkularisierte Gesellschaft ab. Sie beanspruchen eine Sonderbehandlung, wenn sie auf eine spezielle Rücksichtnahme auf eigene religiöse Befühle bestehen. Das ist unvereinbar mit einer westlichen Demokratie und Meinungsfreiheit, angesichts deren man sich damit abfinden muss, zur Zielscheibe von Hohn und Spott zu werden oder sich lächerlich machen zu lassen.“

Die Karikaturen selbst sind von einer erschütternden Harmlosigkeit.

Eine fällt aus dem Rahmen, als hätte der Zeichner eine Vorahnung gehabt, sie zeigt

nicht den Propheten Mohammed, sondern einen kleinen Jungen namens Mohammed, der auf eine Tafel schreibt: „Die leitenden Redakteure von Jyllands-Posten sind ein Haufen reaktionärer Provokateure.“

Der Abdruck löst zunächst eine Diskussion unter den in Dänemark lebenden Muslimen aus, wie man reagieren sollte. Die einen möchten laut protestieren, die anderen lieber nichts unternehmen, um keinen Skandal zu provozieren, der auf die Muslime zurückfallen würde. Ein fundamentalistischer Imam, der schon mit der Feststellung aufgefallen ist, Frauen seien „ein Instrument des Satans gegen Männer“, gewinnt den internen Machtkampf um die richtige Strategie. Er stellt ein Komitee auf, das die Ehre des Propheten wiederherstellen will. Die dänische Regierung soll verklagt, islamische Gelehrte in aller Welt mobilisiert und Demos organisiert werden. Bei Jyllands-Posten treffen derweil die ersten Morddrohungen ein. Am 14. Oktober demonstrieren 3000 Moslems nach dem Freitagsgebet auf dem Rathausplatz von Kopenhagen. Allmählich kommt Leben in die Sülze. Die ägyptische Botschafterin in Kopenhagen fordert im Namen ihrer moslemischen Kollegen in einem Brief an den dänischen Ministerpräsidenten, er soll die „notwendigen Schritte“ unternehmen, um eine Schmähung des Islam zu verhindern. Rasmussen antwortet, es sei nicht seine Aufgabe, Journalisten zu maßregeln und weigert sich, die empörten Botschafter zu einem Gespräch zu empfangen. Worauf Ägyptens Außenminister, der noch eine alte Rechnung mit Rasmussen zu begleichen hat, die Arabische Liga und die Organization of the Islamic Conference (OIC) dazu bewegt, sich einzuschalten.

Was die OIC will, hat sie schon 1990 in einer „Deklaration der Menschenrechte“ verkündet: „Alle haben das Recht, ihre Meinung frei auf eine Weise auszudrücken, die der Scharia nicht zuwiderläuft.“ Man will die Gunst der Stunde nutzen, um den Geltungsbereich der Scharia über die islamischen Staaten hinaus zu erweitern. Die westlichen Staaten sollen genötigt werden, ihre Form der Meinungsfreiheit der Scharia anzupassen.

Im Herbst 2005 reist eine Delegation dänischer Muslime in die moslemische Welt, die Rundreise wird von der ägyptischen Regierung gesponsert. Im Gepäck der Imame befindet sich eine Dokumentation, sie enthält die 12 Karikaturen aus Jyllands-Posten, dazu drei weitere Zeichnungen, die ein paar Zacken schärfer sind: der Prophet als pädophiler Teufel, mit Schweineohren und beim Sex mit einem Hund.

Woher die drei Zugaben stammen, wer sie gemacht bzw. gefunden hat und wie sie in die Dokumentation geraten sind, ist bis heute ungeklärt. Irgendjemand muss ein wenig nachgeholfen haben, um die Reaktionen zu optimieren. Prompt schreiben die Zeitungen in den arabischen Ländern, dänische Medien hätten Mohammed als Schwein dargestellt, die Rede ist von 120 Zeichnungen und davon, dass die dänische Regierung hinter allem stecke.

Der ägyptische Außenminister sorgt dafür, dass die Dokumentation im Dezember 2005 beim Gipfeltreffen der OIC in Mekka verteilt wird.

Dänemark gerät immer mehr unter Druck und auch im Lande ändert sich die Stimmung. Noch im November fanden es 57% der Dänen richtig, die Karikaturen zu drucken, 31% hielten es für einen Fehler. Doch je heftiger die Proteste ausfallen,

umso mehr Dänen äußern Verständnis für die Reaktionen der Muslime.

Im Januar 2006 kommt es zu einer weiteren Eskalation. Die Moslems feiern Eid al-Adha, das Opferfest zum Abschluss der Pilgerfahrt nach Mekka. Über 100 Millionen Moslems in aller Welt werden per Satellit aufgerufen, sich der „Kampagne gegen den Propheten Mohammed“ zu widersetzen. Saudi-Arabien macht sich zum Vorreiter der beleidigten Massen. Dass zeitgleich in Mekka 362 Pilger totgetrampelt werden, tut der antidänischen Stimmung keinen Abbruch. Einflussreiche Prediger drohen Dänemark mit einem Boykott, falls die Regierung nicht doch noch „hart“ gegen die Urheber der Mohammed-Karikaturen vorgeht.

Am 30. Januar 2006 treffen sich die Außenminister der EU in Brüssel.

Einige sind der Meinung, Dänemark habe die Gelegenheit, den Konflikt selbst zu lösen, verpasst; der luxemburgische Außenminister spricht nicht nur für sein Land, als er erklärt, die ganze Sache sei „eher ein dänisches als ein europäisches Problem“; die österreichische Außenministerin geht noch weiter: „Äußerungen und Handlungen, die eine Religion auf anstößige Weise herabsetzen, sollten klar verurteilt werden.“ Auch die USA lassen ihren dänischen Verbündeten im Stich.

Im Laufe eines einzigen Tages gebrauchen drei Sprecher des State Department Adjektive wie „inakzeptabel“, „verletzend“ und „anstößig“. Die Botschaft kommt bei den Moslems an. Der Großmufti von Jerusalem sagt in einem Interview: „Dänemark ist ein leichtes Opfer, ein kleines Land, das keinerlei entscheidende Bedeutung für die arabischen Länder hat. Deshalb macht sich niemand etwas daraus, dass die Proteste weiter gehen.“

Der 3. Februar wird zum „Tag des Zorns“ ausgerufen. Überall, wo Moslems leben, sind die Mohammed-Karikaturen Thema der Freitagsgebete. Millionen von Moslems, die keine Gelegenheit hatten, auch nur einen Blick auf die Zeichnungen zu werfen und die nicht einmal wissen, wo Dänemark liegt, demonstrieren gegen die Kränkung des Propheten, angefeuert von Imamen, die eine eigene Agenda haben. Sie sehen den „Tag des Zorns“ als eine Chance, die Umma zu formieren – die islamische religiöse Nation, die alle Muslime umfasst, unabhängig davon, wo sie leben und welcher Glaubensrichtung sie angehören. Einer der Wortführer sagt es ganz ungeniert: „Die ganze Umma soll zornig sein und sich erheben, um ihren Zorn auch zu zeigen... Wir sind keine Nation von Eseln, wir sind eine Nation von Löwen.“ Ein anderer berichtet auf Al-Jazeera von angeblichen Plänen extremistischer Dänen, den Koran auf dem Rathausplatz von Kopenhagen verbrennen zu wollen. Solche Meldungen sind es, die den aufgetzten Massen den letzten Kick geben. In Damaskus werden die Botschaften Dänemarks und Norwegens angezündet, in Beirut brennt die dänische Botschaft ab, in Teheran fliegen Brandbomben in die dänische Vertretung, in Nigeria werden dänische und norwegische Fahnen verbrannt, ebenso in Algerien. Es sieht aus, als hätte die islamische Welt nur ein Problem, das ihr zu schaffen macht: die dänischen Mohammed-Karikaturen. Die vielen Menschen, die jeden Tag im Irak Opfer von Terroranschlägen werden, sind dagegen keinen Protest und keine Aufregung wert. Und wäre früher der Angriff auf eine Botschaft noch ein Kriegsgrund gewesen, so bemühen sich nun die betroffenen Staaten um „Deeska-

lation“. Die Opfer üben sich in Demut und bitten die Täter um Nachsicht. Nur nicht weiter provozieren, die Irren könnten böse werden!

Die dänische Firma Arla Foods, die einen erheblichen Teil ihrer Produkte in moslemische Länder exportiert, schaltet in 25 führenden arabischen Zeitungen Anzeigen, in denen sie sich von den Mohammed-Karikaturen distanziert. Nach einigen Wochen ebbten die Proteste ab. Nur für die 12 Zeichner der Karikaturen gibt es kein Zurück zum normalen Leben. Über 150 Todesdrohungen können nicht einfach ignoriert werden. Ende April verlangt Osama Bin Laden die Auslieferung der Zeichner, die er vor ein islamisches Gericht stellen möchte. Dass sie ihm nicht trauen und das Angebot nicht annehmen, beweist wieder einmal, wie wenig Respekt die Vertreter des dekadenten Westens für die berechtigten Anliegen der gekränkten Moslems empfinden.

Der Karikaturenstreit, schreiben Hansen und Hundevadt, „hat vorerst mit einer Dreiviertelniederlage der Islamisten geendet“. Ihre Forderung nach einer vorbehaltlosen Entschuldigung und neuen Regeln im Umgang mit islamischen Symbolen wurde nicht erfüllt. „Aber sie haben zugleich einen Viertelsieg errungen: Alle, die nicht zum Selbstmord neigen, werden in Zukunft extravorsichtig auftreten, wenn sie sich dem Thema Islam nähern.“ Und sie resümieren: „Der Karikaturenstreit war allerdings nur die erste Runde. In den nächsten Jahren wird es mehrere ähnliche Kämpfe über Werte geben. Sie müssen sich nicht genauso gewaltig abspielen. Aber sie haben das Potenzial, sich noch explosiver zu entwickeln.“

Der Karikaturenstreit war objektiv ein Sturm im Wasserglas, subjektiv eine Machtdemonstration und im Kontext des „Kampfes der Kulturen“ eine Probe für den Ernstfall. Die Moslems haben bewiesen, wie schnell und effektiv sie Massen mobilisieren können, und der freie Westen, der sonst bei jedem Hakenkreuz auf einer Hauswand „Wehret den Anfängen!“ ruft, hat gezeigt, dass er der islamischen Offensive nichts entgegenzusetzen hat – außer Angst, Feigheit und der Sorge um seine Handelsbilanz. Nun wissen die Islamisten, dass sie es mit einem Papiertiger zu tun haben, dessen Gebrüll nur vom Band kommt.

Auf einer Islamisten-Demo in London wurden Plakate getragen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. „Kill those who insult Islam!“, „Europe you will pay – 9/11 is on its way“, „To hell with freedom!“ – Dabei hatte nicht eine englische Zeitung es gewagt, eine der Karikaturen nachzudrucken. Die Demonstranten empörten sich vom Hörensagen, wie Taube über ruhestörenden Lärm. Der britische Außenminister Jack Straw nannte die Veröffentlichung der Karikaturen „unnötig, unsensibel, respektlos und falsch“; der „Observer“ versprach: „Erhöhte islamische Sensibilität ist etwas, dem wir in Zukunft werden Rechnung tragen müssen“, der „Daily Telegraph“ äußerte angesichts der Krawalle vor seiner Haustür „Respekt vor dem Islam, dieser reinsten und abstraktesten aller monotheistischen Religionen“, und auch die „Times“ schrieb sich ihre Zurückhaltung schön: „Dies ist kein Appeasement sondern verantwortlicher Umgang mit dem Recht auf freie Rede.“

Auch die Reaktionen in Deutschland zeigten, wie dünn das Eis ist, auf dem die

Trommler und Fahنشwenker der viel gerühmten „Zivilgesellschaft“ ihre Runden drehen. Günter Grass sprach von einer „bewussten und geplanten Provokation eines konservativen dänischen Blattes“ und nannte die gewalttätigen Ausschreitungen der Moslems eine „fundamentalistische Antwort auf eine fundamentalistische Tat“.

Grass gab sich nicht damit zufrieden, eine Äquidistanz zwischen den dänischen Karikaturisten und dem rasenden Mob herzustellen, wobei der Mob insofern in einer moralisch überlegenen Position war, weil er nur reagierte, er fällte gleich ein Grundsatzurteil: „Wir haben das Recht verloren, unter dem Recht auf freie Meinungsäußerung Schutz zu suchen. So lang sind die Zeiten der Majestätsbeleidigung nicht vorbei, und wir sollten nicht vergessen, dass es Orte gibt, die keine Trennung von Staat und Kirche kennen.“

Grass, dessen Auftreten der beste Beweis dafür ist, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung jeden Unsinn abdeckt, empfahl außerdem, „sich die Karikaturen einmal näher anzuschauen: Sie erinnern einen an die berühmte Zeitung der Nazi-Zeit, den Stürmer. Dort wurden antisemitische Karikaturen desselben Stils veröffentlicht...“

Man könnte eine solche Feststellung mit der Seh- und Erinnerungsschwäche eines in die Jahre gekommenen Herren erklären, der alles, was in der Welt passiert, als Aufforderung begreift, seine ungetrübte Urteilskraft zu beweisen, wenn nicht auch Jüngere ähnlich geredet hätten. Fritz Kuhn, Fraktionschef der Grünen, sagte in einem Gespräch mit der WELT, es müsse nun geredet werden „über das Verhältnis der Meinungsfreiheit zu der Verantwortung, die daraus erwächst“, denn: „Man-

che fühlen sich durch die Karikaturen stigmatisiert. Mich haben sie an die anti-jüdischen Zeichnungen in der Hitler-Zeit vor 1939 erinnert.“

Kuhn, der als ein intelligenter Realo seiner Partei gilt, hat diesen unsäglichen Satz nie zurück genommen oder wenigstens relativiert. Und die Grünen, die als erste auf die Barrikaden der virtuellen Empörung steigen, wenn das Dritte Reich durch unangemessene Vergleiche „verharmlost“ wird, haben ihn dafür nicht zur Rede gestellt. Wie denn auch, wenn die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, in die gleiche Kerbe schlug. Sie mahnte zur „Besonnenheit statt Kulturkampf“ und stellte fest: „Deeskalation fängt zu Hause an“. In diesem Zusammenhang kritisierte sie den so genannten „Muslimtest“ in Baden-Württemberg: „Dieser Test bewirkt, dass Moslems sich stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt fühlen.“ Noch ein Schoppen „Kiechlingsberger Teufelsberg“ mehr und Claudia Roth hätte behauptet, die Demonstrationen in Jakarta, Damaskus und Teheran richteten sich nicht nur gegen die Karikaturen aus Jyllands-Posten sondern auch gegen den Muslimtest in Baden-Württemberg. Auch der junge CDU-Abgeordnete Eckart von Kladen mahnte: „Wir dürfen keinen Beitrag zur Eskalation leisten“. Union und SPD erklärten separat aber unisono, man müsse „den Dialog mit dem Islam verstärken“, nachdem Demonstranten in Teheran Brandbomben auf die österreichische Vertretung geworfen und gerufen hatten: „Gott ist groß!“ und „Europa, Europa, Schande über Dich!“.

Die taz widersprach der Auffassung, „dass in Europa absolute Meinungsfreiheit herrscht und jede Äußerung erlaubt ist“. Der Beweis kam etwas schmallippig da-

her: „Insbesondere die Leugnung des Holocaust ist in Europa weitgehend tabu, in Deutschland steht sie sogar unter Strafe. Vielen Muslimen ist da nur schwer vermittelbar, warum ihren Gefühlen nicht die gleiche Rücksicht entgegengebracht wird.“ Vielen taz-Kommentatoren auch. So verschieden die Reaktionen im Detail auch ausfielen, allen gemeinsam war, dass sie dem Gefühl der Macht- und Hilflosigkeit entsprangen. Kritische Geister, die gestern noch mit Marx der Meinung waren, Religion sei Opium fürs Volk, fanden plötzlich, man müsse doch Rücksicht nehmen auf religiöse Empfindungen, vor allem, wenn sie von Gewaltakten begleitet werden. Entsprechend dem Marschbefehl von Günter Grass nach den Terrorangriffen vom 11. September („Der Westen muss sich endlich fragen, was er falsch gemacht hat“), war die westliche „Zivilgesellschaft“ das Ziel der Appelle und nicht der Dschungel der Gefühle, aus dem die Gotteskrieger ihre Kraft schöpfen. Die Repräsentanten der Aufklärung reagierten wie Menschen, die von einem Hurrikan bedroht werden. Da sie gegen die Macht der Natur nichts ausrichten können, bunkern sie Vorräte, nageln Fenster und Türen zu und hoffen, dass der Sturm bald vorbei sein möge. Freilich: was bei einer Naturkatastrophe die einzig richtige Option ist, führt bei einer Auseinandersetzung mit Fundamentalisten nur dazu, dass diese immer entschlossener auftreten, weil sie auf keinen Widerstand treffen. Völlig zu Recht halten die islamischen Fundamentalisten den Westen für schwach, dekadent und nicht einmal bedingt abwehrbereit.

Wer als Reaktion auf Geiselnentführungen und Enthauptungen, auf Massaker an Andersgläubigen, auf Ausbrüche kollektiver

Hysterie mit der Forderung nach einem „Dialog der Kulturen“ reagiert, der hat es nicht besser verdient.

Die „Deeskalation im eigenen Haus“, die Claudia Roth als Indikation gegen den Terror empfiehlt, ist längst in vollem Gang. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt hat „zur Besonnenheit im Streit um die Mohammed-Karikaturen“ aufgerufen. Jede Provokation müsse vermieden, auf weitere Abdrucke verzichtet werden. Denn es gehe um das Schicksal der Christen in islamischen Ländern. „Der Streit um die Meinungsfreiheit dürfe nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die als Unbeteiligte potenzielle Opfer radikaler Islamisten werden.“

Auch hier wieder dieselbe Godzilla-Logik. Man sollte das Monster nicht reizen, seine allzeit ausbruchsbereite Aggressivität nicht auf eine Belastungsprobe stellen. Statt sich der bedrängten Christen in den islamischen Ländern anzunehmen und die Welt auf deren Leiden aufmerksam zu machen, hält es der deutsche Zweig der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte für den besseren Weg, Karikaturisten und Journalisten zur Zurückhaltung zu ermahnen.

Das ist so irre, dass man es für einen Witz von Harald Schmidt halten könnte, wenn nicht sogar er, der weder Polen noch Frauen noch Homosexuelle mit seinem Spott verschont, auch der Meinung wäre: „Wir müssen deeskalieren“ und, wie Kofi Annan es empfiehlt, „hineintreten in das Gespräch“.

Auch das PEN-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland, die genau wissen müssten, wohin Appeasement führt, mag kein Risiko eingehen. Es verurteilt „aufs schärfste die gewalttätigen Aus-

schreitungen aufgeputschter Massen in verschiedenen Teilen der Welt“, erinnert aber zugleich daran, „dass Freiheit auch freiwillig geübte Zurückhaltung einschließt“ und ruft dazu auf, „den kritischen Dialog statt der vorsätzlichen Provokation zu suchen“, jedem das Seine eben.

Schöner und diplomatischer hätte es auch Altkanzler Schröder nicht sagen können. Zu Besuch beim Dschiddah-Wirtschaftsforum in Saudi-Arabien bezeichnete er die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen als „großen Fehler“ und rief die Europäer zu „größerem Verständnis für die Gefühle der Muslime“ auf. Schröder war so damit beschäftigt, Verständnis für die verletzten Gefühle der Moslems einzufordern, dass er nicht dazu kam, seine Gastgeber zu bitten, auf den hübschen Brauch der freitagnachmittäglichen öffentlichen Hinrichtungen und Handamputationen zu verzichten, um die Gefühle der Gegner der körperlichen Züchtigung, die es sicher auch in Saudi-Arabien gibt, nicht zu verletzen.

Während Schröder in Saudi-Arabien Verständnis für die Gefühle der Muslime einforderte, sorgte der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter für Deeskalation in der Etappe. Er gab SPIEGEL ONLINE ein Interview, in der er u.a. sagte: „Der Westen sollte alle Provokationen unterlassen, die Gefühle von Erniedrigung und Demütigung hervorrufen. Wir sollten die kulturelle Identität der islamischen Länder mehr achten... Für die Muslime ist wichtig, als ebenbürtig anerkannt und gewürdigt zu werden.“ Was die islamischen Völker bräuchten, wäre „eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe“.

Welche Provokationen der Westen unterlassen sollte und wie eine Partnerschaft

auf gleicher Augenhöhe konkret aussehen könnte, sagte Richter nicht. Er blieb, wie es so seine Art ist, im Allgemeingültigen stecken. Sollen, um auf gleiche Augenhöhe zu kommen, eigene Abteile für Frauen in Bussen eingerichtet werden, wie das in Saudi-Arabien der Brauch ist? Soll das Heiratsalter für Mädchen auf 11 Jahre gesenkt werden, wie es im Iran der Fall ist? Soll für Ehebruch die Todesstrafe durch Steinigen eingeführt werden, wie es die Scharia verlangt? Was könnte der Westen noch unternehmen, um seinen Respekt vor der kulturellen Identität der islamischen Länder zu bekunden? Oder würde es reichen, Horst-Eberhard Richter von Fall zu Fall darüber entscheiden zu lassen, ob der Tatbestand der Provokation erfüllt ist, zum Beispiel dann, wenn in Herne ein Wet-T-Shirt-Contest stattfindet, durch den sich gläubige Moslems in Haiderabad erniedrigt und gedemütigt fühlen könnten?

Peter Scholl-Latour, Islam-, Orient- und Benimm-Experte, behauptete in der BILD, „jegliche Darstellung des Propheten Mohammed“ sei „von Anfang an im Islam sehr rigoros verboten worden“, was zwar nicht stimmt, aber auch nicht von jedem BILD-Leser sofort überprüft werden kann, äußerte Verständnis für die Reaktionen der beleidigten Moslems („Wer den Propheten Mohammed in einer Karikatur lächerlich macht..., fordert die Moslems extrem heraus“) und kam dann auf seine Sensibilität zu sprechen: „Und als gläubiger Katholik sage ich: Wenn man im Fernsehen oder in der Zeitung die christliche Religion derart verhohnepipelt, schockiert mich das auch zutiefst.“

Auch Franz Josef Wagner fühlte sich dem beleidigten Propheten schon zu Lebzei-



ten solidarisch verbunden: „Wenn wir sterben, wollen wir weiterreisen. Als Christ, als Muslim, als Buddhist – ich will weiterreisen und nicht verlacht werden wie Mohammed.“

(Als Jude bin ich Franz Josef Wagner sehr dankbar, dass er mich auf seinen postmortalen Exkursionen nicht dabei haben will.) Das Neue Deutschland, traditionell der Idee einer Erziehungsdiktatur verpflichtet, gab einem Anfall von Schadenfreude nach: „Wie wir gelernt haben, besitzen die Dänen zuweilen einen seltsamen Humor, der sie dieses Mal aber teuer zu stehen kommen könnte, wenn das kleine Königreich nach der kulturellen Großtat blasphemischer Mohammed-Bilder zum ‚Schurkenstaat‘ für über eine Milliarde Muslime mutiert.“

Der „Vorwärts“ der SPD, der im Laufe seiner Geschichte öfter als jede andere deutsche Zeitung verfolgt und verboten wurde, stellte in fröhlicher Umkehr von Ursache und Wirkung fest, „bei der seltsamen Fehde, die die rechtspopulistische Zeitschrift Jyllands Posten mit ihren fahrlässigen Mohammed-Karikaturen losgetreten hat“, gehe es um mehr als nur die Pressefreiheit: „Selbstverständlich hat Jyllands Posten... das Recht auf freie Meinungsäußerung. Man muss aber unterscheiden zwischen einem Recht und dem moralischen Gebrauch dieses Rechts. Jyllands Posten missbraucht die Pressefreiheit, nicht im rechtlichen, aber im politisch-moralischen Sinne.“

Die Diskussion darüber, welche blasphemischen Provokationen WIR unterlassen sollten, damit SIE sich nicht gekränkt fühlen, führt zwangsläufig in das Reich des Absurden.

Dürfen fromme Juden von Nicht-Juden den Verzicht auf Schweinefleisch verlan-

gen? Und mit Sanktionen drohen, wenn ihre Forderung nicht erfüllt wird? Darf ein Hindu Amok laufen, weil die Schweizer die Heiligkeit und Unantastbarkeit der Kuh nicht anerkennen? Wer Moslems das Recht einräumt, sich darüber zu empören, dass die Dänen sich nicht an ein islamisches Verbot halten, von dem nicht einmal feststeht, dass es tatsächlich existiert, muss solche Fragen mit einem klaren Ja beantworten. Und schließlich auch Analphabeten erlauben, Buchhandlungen zu verwüsten, denn in einer Welt, in der sich jeder gekränkt und gedemütigt fühlen darf, darf auch jeder entscheiden, welche Provokation er nicht hinnehmen mag.

„Keine Zeitung braucht sich dafür zu entschuldigen, dass sie das islamische Bilder- verbot nicht beachtet, auch nicht in Bezug auf Mohammed, so wenig sich jemand von uns dafür zu entschuldigen hat, dass er Schweinefleisch gegessen hat, obwohl das für Muslime und Juden ein Gräuel ist. Weil wir keine Muslime sind, gelten spezifisch islamische Verbote für uns nicht“, schreibt der Theologe Richard Schröder, um diese klare Aussage gleich wieder zu relativieren: „Doch ohne Not eine Religionsgemeinschaft zu beleidigen, ihre religiösen Gefühle zu verletzen, ist moralisch nicht zu rechtfertigen. ‚Ohne Not‘ ist dabei entscheidend...“ Eine „Provokation um der Provokation willen“ sei moralisch nicht zu rechtfertigen. „Allein dafür, für die Provokation ohne Not, für einen Freiheitsgebrauch ohne Umsicht, sollte sich jene Zeitung entschuldigen.“ Bei wem? Bei ihren dänischen Lesern, die an den Karikaturen keinen Anstoß genommen haben, oder bei den Moslems in aller Welt, die an etwas Anstoß nahmen, das sie nicht gesehen hatten?

Der Karlsruher Philosoph Peter Sloterdijk, der schon den 11. September „zu den schwer wahrnehmbaren Kleinzwischenfällen“ der Geschichte klein geredet hatte, rückte auch den Karikaturenstreit in die richtige Perspektive: „Was auf der Langzeitagenda steht, ist die Europäisierung des Islam, nicht die Islamisierung Europas.“ Das ist das Tröstliche an philosophischen „Langzeitagendas“, sie funktionieren wie die Voraussagen der Klimaforscher, man kann es sich aussuchen, ob man in 1000 Jahren eine neue Eiszeit erleben oder unter Palmen am Nordpol sonnenbaden möchte. Kurzfristig dagegen muss man die „Arroganz“ bekämpfen, die sich „in den reichen und entwickelten Ländern entwickelt (hat), die keinen Respekt mehr vor anderen Kulturen kennt“, sagt Renato Kardinal Martino, Leiter des päpstlichen Rates „Justitia et Pax“.

Das ist eine überraschende Einsicht, vor allem wenn sie von einem leitenden Mitarbeiter des Vatikans geäußert wird. Ein Beleg für die Arroganz, die keinen Respekt vor anderen Kulturen kennt, sind die rund 2000 Moscheen, die es allein in der Bundesrepublik gibt, während in Saudi-Arabien schon der Besitz einer Bibel ein unkalkulierbares Risiko bedeutet. Weitere Belege der Arroganz sind der „Karneval der Kulturen“ in Berlin, die schwullesbischen Straßenfeste in den europäischen Metropolen und das „Wort zum Sonntag“ im Programm der ARD vom 11.2.2006, gesprochen von Burkhard Müller. „Der Islam ist eine großartige Religion“ sagte der Gottesmann, Minuten nachdem in den „Tagesthemen“ brennende Fahnen, verwüstete Botschaften und „Tod den Ungläubigen“ schreiende Gotteskrieger zu sehen waren. Wenn das

nicht eine auf die Spitze getriebene Form der Arroganz war. In Afghanistan dagegen äußert sich der Respekt vor Kulturen unter anderem darin, dass ein zum Christentum konvertierter Moslem nur dann der Todesstrafe entkommt, wenn er sich selbst für verrückt erklären lässt.

Woher kommt die Entschlossenheit, Tatsachen zu leugnen oder sie so zurechtzubiegen, dass sie den Blick auf die Wirklichkeit versperren?

Aus Angst. Angst mag ein schlechter Ratgeber sein, aber als Mittel der Massenerziehung gibt es nichts Besseres. „Bestrafe einen, erziehe hundert“, hat schon Mao gesagt und mit Hilfe dieser Regel seine Macht konstituiert.

Es ist nicht der Respekt vor anderen Kulturen, der das Verhalten der Menschen bestimmt, sondern das Wissen um die Rücksichtslosigkeit der Fanatiker, mit denen man es zu tun hat. Je wilder und brutaler sie auftreten, umso eher verschaffen sie sich Gehör und Respekt. Ob es sich dabei um eine Gang aus dem Nachbarviertel handelt oder um eine fremde Kultur, spielt dabei keine Rolle, man geht dem Ärger lieber aus dem Weg.

Nach den Angriffen der Islamisten auf dänische Einrichtungen hielten es deutsche Karnevalisten für angebracht, auf islamkritische Motive im Jahre 2006 zu verzichten. Der Düsseldorfer Wagenbauer Jacques Tilly, der sich in den vergangenen Jahren nicht scheute, christliche Kirchen und deren Würdenträger zu verspotten, riet gegenüber Moslems zur Zurückhaltung: „Es hat keinen Sinn, blinde Wut zu erzeugen!“ Der Präsident des Düsseldorfer Carnevals Comitees gab ungeniert zu, man wolle wegen der nicht absehbaren Folgen auf provokante Darstellungen des Islam verzichten. Andere

Karnevalisten, die nicht namentlich genannt werden wollten, erklärten: „Man will doch nicht so enden wie dieser Filmemacher in Holland!“

Keine Bedenken hatten die rheinischen Frohnaturen noch ein Jahr zuvor, den Kölner Kardinal Meisner als einen Inquisitor zu zeigen, der einen Scheiterhaufen anzündet, auf dem eine Frau festgebunden ist, die abgetrieben hat.

Wie geschmackvoll oder geschmacklos diese Darstellung auch war, die Jecken konnten sicher sein, dass der Kardinal ihnen nicht nach dem Leben trachten würde. Großen Gratismut bewiesen auch die Mainzer Spaßmacher mit einem Wagen, auf dem Angela Merkel zu sehen war, die mit Hilfe einer Leiter Uncle Sam bzw. George Bush anal penetriert. 2006 wurden andere Prioritäten gesetzt:

Mitte Februar berichtete die Mainzer Allgemeine Zeitung von einem Vorfall in der Mainzer „Römerpassage“, wo ein Aktivist des Mainzer Carneval Clubs seinen „Kokolores“ unter das närrische Volk streute. Dabei fiel auch der Satz: „Wenn Muslime zu Allah die Hände hoch falte / doch im Sinne des Glaubens uns für Dumme nur halte...“ als ein „zufällig vorbeikommender Muslim“ nach dem Mikrofon griff „und lautstark gegen den angeblich ehrverletzenden und die Religion beleidigenden Vortrag wettete“.

Nach diesem Vorfall waren die MCC-Leute so „besorgt“, dass sie umgehend einen dicken Schaumteppich ausrollten und Erklärungen abgaben. Es gehöre zur Tradition der Mainzer Fastnacht, dass „Toleranz gegenüber Andersdenkenden groß geschrieben“ werde; man habe den Islam nicht beleidigen wollen, es sei bedauerlich, dass der närrische Vortrag „aus dem Zusammenhang gerissen worden“

sei. Der Manager der „Römerpassage“ betonte, man habe „besonnen“ auf den Vorfall reagiert und bot sich an, „vor einer größeren Gruppe friedliebender Muslime die Inhalte der Mainzer Fastnacht zu erklären“. Und in Karnevalistenkreisen wurde darüber diskutiert, „wie weit Satire gehen darf“ und „ob religiöse Gefühle der Menschen schützenswerter sind“ als die Meinungsfreiheit. In Mainz hatten sich die militant friedliebenden Muslime durchgesetzt, ohne eine einzige Fahne verbrannt zu haben. Die Gewissheit, sie wären dazu bereit und imstande, reichte bereits. In Köln, wo auf der alternativen „Stunksitzung“ ein Selbstmordattentäter persifliert wurde, war der stellvertretende Bürgermeister der Stadt über den Sketch tief besorgt – damit rücke man den Dschihad und die Hamas in ein schlechtes Licht.

Auch eine junge Schweizerin, die an der Düsseldorfer Kunstakademie studiert, beugte sich der Androhung von Gewalt. Ihre Skulptur mit dem Namen „Aggression“ bestand aus einer Miniatur-Moschee, deren Minarette wie Raketen aussahen. Nachdem sie mehrere Drohanrufe erhalten hatte, zog sie die Skulptur aus der Werkschau der Akademie zurück.

So entstand innerhalb weniger Wochen eine Kultur der Angst, des Bedauerns und der Entschuldigung, wie sie Deutschland noch nie erlebt hatte. Von Franz Josef Wagner bis Harald Schmidt, von Peter Scholl-Latour bis Roger Willemsen, von Bischof Huber bis Kardinal Lehmann stand die formierte Gesellschaft wie ein Mann da, fest entschlossen, jede Kränkung der Muslime abzufangen, noch bevor sie die Adressaten erreicht hatte.

In Lüdinghausen, einer Kleinstadt bei Münster in Westfalen, kam es Ende Fe-

bruar zu einem Prozess gegen einen 61-jährigen Rentner, der Toilettenpapier mit dem arabischen Schriftzug „Koran, der heilige Qur'an“ bedruckt und die Blätter verschickt hatte. Keine sehr geschmackvolle Aktion, aber auch nicht geschmackloser als vieles, was auf der Kasseler Dokumenta folgenlos präsentiert wird. Die Verhandlung fand vor einem großen Aufgebot an Reportern aus dem In- und Ausland statt, von denen die meisten den Namen Lüdinghausen noch nie gehört hatten. Um der Sache das nötige Gewicht zu geben, wurde die Anklage von einem Oberstaatsanwalt aus Münster vertreten. Nachdem sich der Richter, der Ankläger und der Verteidiger im Richterzimmer auf einen Deal verständigt hatten, wurde der Angeklagte wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 166 StGB zu einer einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Wer in Brandenburg einen Ausländer krankenhausreif schlägt, wird in der Regel auch nicht härter bestraft.

„Das Verfahren war ein Geschäft, nichts weiter“, sagte der Übeltäter, nachdem alles vorbei war, der Richter gab zu, dass nicht nur rechtliche Überlegungen eine Rolle gespielt hatten: „Die Bedeutung hat sich erheblich gesteigert durch die weltpolitische Lage“ und der Oberstaatsanwalt aus Münster erklärte, es sei „ein deutliches Zeichen nach Außen gesetzt worden“. Bis auf den Verurteilten waren alle am Prozess Beteiligten zufrieden. Mit dem kleinen Bauernopfer hatte das Schöffengericht von Lüdinghausen Schlimmeres verhindert, seinen Respekt vor dem Islam bewiesen und für Ruhe und Ordnung in der Stadt gesorgt.

Eine etwas andere Erfahrung machten die Betreiber eines Bordells in Köln, die auf

einem 8 mal 24 Meter großen Superposter zur WM („Die Welt zu Gast bei Freundinnen“) neben einer leicht bekleideten Blondine die Fahnen der Teilnehmer-Nationen präsentierten, darunter auch die des Iran und Saudi-Arabiens. Kaum hing der optische Gruß an der Hauswand, tauchten verummte und bewaffnete Gestalten in dem Etablissement auf. Die Botschaft wurde verstanden. Um weiteren Ärger zu vermeiden, ließ die Geschäftsführung des Hauses die beiden Fahnen übermalen. Eine Sprecherin der Kölner Polizei äußerte die „Vermutung“, bei den verummten und bewaffneten Gestalten könnte es sich um Moslems gehandelt haben, die sich „in ihren religiösen Gefühlen verletzt“ gefühlt hätten. Damit war der Beitrag der Polizei zur Aufklärung des Vorfalls, den man auch als Nötigung und Verstoß gegen das Verummungsverbot interpretieren könnte, bereits geleistet. Immerhin war geklärt, dass weder Angehörige der Heilsarmee noch der Naturfreundejugend als Täter in Frage kamen.

Auch die Sparkasse Mainfranken kam noch einmal mit einem blauen Auge davon. Sie hatte 30.000 Bälle an Kinder im Großraum Würzburg verteilen lassen, auf denen – wie auf dem Kölner Puff-Poster – die Fahnen aller 32 WM-Teilnehmer zu sehen waren. Was die Würzburger Weltbürger nicht wussten, war, dass auf der saudi-arabischen Fahne das muslimische Glaubensbekenntnis steht: „Ich bezeuge, dass es keinen Gott gibt außer Gott. Und Mohammed ist sein Prophet.“ Es darf im Wind flattern, „aber wenn damit rumgekickt wird, haben wir als Muslime ein bisschen Probleme damit“, erklärte der Vorsitzende des Internationalen Islamischen Forums und der Islamischen Ge-

meinschaft in Würzburg. Worauf sich die Sparkasse Mainfranken umgehend bei der islamischen Gemeinschaft entschuldigte. Eine öffentliche Entschuldigung fiel vollkommen aus dem Rahmen.

Erstaunlicherweise wurde über sie in keiner deutschen Zeitung berichtet, obwohl sie sehr umfassend war. Zu lesen war sie nur im Internet, auf der Website [www.danishmuhammedcartoons.com](http://www.danishmuhammedcartoons.com):

„We’re sorry we gave you shelter when war drove you from your home country... We’re sorry we took you in when others rejected you...

We’re sorry we gave you the opportunity to get a good education...

We’re sorry we gave you food and a home when you had none...

We’re sorry we let you re-unite with your family when your homeland was no longer safe...

We’re sorry we never forced you to work while WE paid all your bills...

We’re sorry we gave you almost FREE rent, phone, internet, car and school for your 10 kids...

We’re sorry we build you Mosques so you could worship your religion in our Christian land...

We’re sorry we never forced you to learn our language after staying 30 years!

And so... from all Danes to the entire Muslim world, we just wanna say: FUCK YOU!!”

### **Anmerkung:**

<sup>1</sup> Der Text entspricht dem Kapitel „Deeskalation beginnt zu Hause“ aus dem Buch „Hurra, wir kapitulieren!“. Von der Lust am Einknicken, Verlag Wolf Jobst Siedler jr., Berlin 2006

*Wir danken dem wjs verlag Wolf Jobst Siedler jr. Berlin und insbesondere Herr Wolf Jobst Siedler jun. persönlich für die Erlaubnis zum Abdruck des Kapitels aus dem Broder-Buch „Hurra, wir kapitulieren“ und empfehlen allen Lesern auch die Lektüre des gesamten Broder-Buches.*